

SGB-MEDIENKONFERENZ VOM 8. SEPTEMBER 2023

Pierre-Yves Maillard, Präsident SGB

Herabstufung in aller Stille? Ohne uns!

Arbeitnehmende und RentnerInnen sind mit einer traurig einfachen Situation konfrontiert: Die Lebenshaltungskosten steigen immer weiter, während die Einkommen stagnieren. Konkret bedeutet das, dass am Ende des Monats immer weniger übrigbleibt. Diese Zusammenfassung der Situation ist mittlerweile banal geworden. Es bedarf keiner weiteren Details oder Beispiele: JedeR weiss es, jedeR spricht darüber, die Zeitungen sind voll davon. Die Schweiz befindet sich in einer sozialen Krise, um sie zu ignorieren müsste man blind und taub sein.

Es gab in diesem Land einige selbstverständliche Dinge, wie die Vorstellung, dass jemand, der arbeitet, mit einer gewissen Gelassenheit in die Zukunft blicken und Jahr für Jahr darauf hoffen kann, dass sich die Dinge ein wenig verbessern. Heute sehen wir in der Schweiz, wie im Gegenteil der Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung von der Unter- bis zur Mittelschicht immer weiter sinkt. Es läuft ein gigantisches Umverteilungsprogramm mit Lohnkürzungen auf der einen, Steuer-senkungen für hohe Einkommen und Kürzungen der Staatsausgaben auf der anderen Seite. Aber die Urheber wagen nicht, es beim Namen zu nennen.

Nein, die Verantwortlichen und Profiteure dieser Situation hört man nicht und über sie spricht man nicht: Die Arbeitgeber, die sich weigern, in konstruktive Lohnverhandlungen einzutreten, und sei es nur, um den Lebensstandard der Menschen zu erhalten, welche die Schweizer Wirtschaft am Laufen halten. Die Unternehmen, die ihre Margen wieder aufstocken und Rekordgewinne erzielen, so dass selbst liberale Ökonomen sich Sorgen über deren Verantwortung an der Inflation machen. Die Topmanager, die von enormen Gehaltserhöhungen profitieren, die weit über den Ausgleich der Teuerung hinausgehen. Dieser kleine, geschlossene Zirkel hält sich so bedeckt wie nie zuvor. Das Parlament, das seine Hände in Unschuld wäscht, wenn es um die Erhöhung der Krankenkassenprämien geht. Die Regierung, die sich weigert, etwas gegen den Anstieg der Mieten zu unternehmen und an ihren Sparplänen festhält. Kurz gesagt: Alle zusätzlichen Kosten gehen zu Lasten der Haushalte, während gleichzeitig nicht einmal die Teuerung auf den Einkommen ausgeglichen wird. Vier Jahre in Folge sanken die Reallöhne – man könnte meinen, man befinde sich in einer Wirtschaftskrise, aber das ist nicht der Fall!

Denn auch wenn sich die politisch-wirtschaftlichen Eliten dieses Landes verstecken und vor ihrer Verantwortung drücken: Nichts von all dem, was geschieht, folgt einem Naturgesetz. Es ist vielmehr das Ergebnis konkreter Entscheidungen. Und die Verarmung droht gewiss nicht allen: Es läuft eine gewaltige Mechanik der Umverteilung des Reichtums nach oben und der Vergrösserung der Einkommensunterschiede. Für Aktionäre und Managerinnen ist die aktuelle Phase ein Glücksfall! Das

Geld ist da, die Schweiz produziert dank ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine immer grössere Menge an Reichtum. Aber dieser ist ungerechter verteilt als je zuvor.

Weil Schweigen angesichts dessen unerträglich ist, erheben wir unsere Stimme, und wir tun dies insbesondere mit unserer nationalen Demonstration vom 16. September in Bern. Weil wir die Verantwortlichen beim Namen nennen und ihnen die Masken herunterreissen wollen. Und weil wir daran erinnern wollen, dass es auch anders geht. Die Unternehmen verfügen über ausreichende Mittel sich an den Verhandlungstisch zu setzen, um die Löhne zu erhöhen und die Kaufkraft ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schützen. Die öffentliche Hand verfügt über milliardenschwere Spielräume, die es ihnen ermöglichen würden, die Prämien erhöhungen und Preissteigerungen beim ÖV abzumildern. Und schliesslich gibt es genug Hebel, um die Preissteigerungen zu bremsen, wie zum Beispiel bei beim Strom. Das Einzige, was fehlt, ist ein bisschen Mut.

Es liegt nun an uns, laut und deutlich zu sagen, dass es so nicht weitergehen kann. Den Anfang macht unsere Demonstration vom 16. September. Und weiter geht es an der Urne, bis zur Reihe von sehr wichtigen Abstimmungen, zu Renten und Krankenkassenprämien im Frühjahr 2024. Diese Phase beginnen wir heute. Und wenn sie laut ist, dann deshalb, weil Schweigen angesichts der allgemeinen sozialen Deklassierung keine Option ist.